

Bericht aus dem Bundeshaus

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **170 (2004)**

Heft 11

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Herbstsession 2004

In der Herbstsession 2004 sind nebst zahlreichen Vorstössen folgende *VBS-Geschäfte* behandelt worden:

Im Nationalrat Assistenzdienste der Armee

Der Nationalrat hat sich u.a. mit den drei Bundesbeschlüssen zu den Einsätzen der Armee zur Unterstützung ziviler Behörden im Bereich der inneren Sicherheit befasst. Dabei geht es um den

1. Einsatz der Armee zum Schutz ausländischer Vertretungen und völkerrechtlich geschützter Niederlassungen (AMBA CENT-RO)

2. Einsatz der Armee zur Verstärkung des EFD/Grenzwachtkorps (LITHOS) und

3. Einsatz der Armee zur Unterstützung des EJPD/Bundessicherheitsdienstes und des UVEK/Bundesamtes für Zivilluftfahrt im Bereich der Sicherheit im Luftverkehr (TIGER/FOX).

In diesen Einsätzen unterstützt die Armee die zivilen Behörden, weil diese auf Grund ihres *Personalunterbestandes* nicht in der Lage sind, die gebotenen Sicherheitsmassnahmen umzusetzen. Sie sollen für die Dauer der laufenden Legislaturperiode, bis am 31. Dezember 2007, verlängert werden.

Die drei subsidiären Armeeeinsätze fassen auf *Bundesratsentscheiden* im Rahmen von USIS (Überprüfung des Systems der inneren Sicherheit). Die *Aufträge* gelten implizit solange, bis entweder das Personal der zivilen Behörden zur Erfüllung der Sicherheitsmassnahmen ausreicht oder die Sicherheitslage sich entspannt hat.

In der *Gesamtabstimmung* wurden die drei Bundesbeschlüsse wie folgt *gutgeheissen*:

■ der Bundesbeschluss zum *Botschaftsschutz* mit 100 zu 57 Stimmen

■ der Bundesbeschluss zur *Verstärkung des Grenzwachtkorps* mit 98 zu 60 Stimmen und

■ der Bundesbeschluss zur *Sicherheit im Luftverkehr* mit 104 zu 61 Stimmen.

Immobilienbotschaft VBS 2005

Die Immobilienbotschaft VBS 2005 enthält *Verpflichtungskredite* im Gesamtbetrag von 371,862 Mio. Franken.

Grössere Vorhaben, die dem Nationalrat beantragt wurden, sind: ■ *Sanierungsarbeiten für das Luftraumüberwachungssystem Florako*, 9. *Projektetappe* (22,4 Mio. Franken)

Im Rahmen der Rüstungsprogramme 1998 und 1999 wird als

Ersatz für das veraltete, dreissigjährige Luftraumüberwachungssystem Florida ein neues System unter der Bezeichnung Florako beschafft.

Florako hat mit der ersten Beschaffungstranche im Januar 2004 seinen Betrieb aufgenommen. Es stellt als neues schweizerisches Luftraumüberwachungs- und Einsatzleitsystem die kombinierte zivile und militärische Luftlage sicher. Mit der beantragten 9. *Projektetappe* werden in einer bestehenden Höhenanlage sämtliche Umbau-, Anpassungs- und Instandhaltungsarbeiten ausgeführt, welche für den Florako-, Übermittlungs- und Funkbetrieb durch Truppe und Berufspersonal erforderlich sind.

Im Zusammenhang mit den Anpassungen der Höhenanlagen für den künftigen Betrieb mit Florako sind *Umsetzungen* von Brandschutz-, Safety-/Securitymassnahmen sowie *Einbauten* von terrestrischen Überwachungsmitteln zum Schutze dieser Anlagen notwendig.

■ *Waffenplatz Wil bei Stans NW, Kaserne, Unterkunft für Swissint, bauliche Sanierung und Erweiterung*, 2. *Etappe*, sowie *Kostenbeitrag an den Kanton Nidwalden* (19 Mio. Fr.)

Mit dem *Standortmodell 3*, Ausbildungsinfrastruktur, wurde definiert, dass der Waffenplatz Wil bei Stans nicht mehr durch die Rekruten- und Unteroffizierschulen, sondern durch das *Kompetenzzentrum für friedensunterstützende Operationen Swissint* (Swiss international) belegt wird. Die Kaserne genügt den neuen Raumbedürfnissen für die Ausbildung von Kontingenten für friedensunterstützende Operationen (Peace Support Operations-Kontingenten) und für Staboffiziers- und Expertenurse mit internationaler Beteiligung nicht mehr. Die daraus resultierenden *Infrastruktur-anpassungen* erfolgen in Etappen.

Die *zweite Etappe* beinhaltet die Sanierung und Erweiterung der bestehenden Kaserne. An die *Gesamtkosten* von 24,25 Mio. Franken leistet der Bund mit der Immobilienbotschaft VBS 2005 einen *Kostenbeitrag* von 19 Mio. Franken. *Eigentümer* des Kasernenareals und der Kaserne ist der Kanton Nidwalden. Ein *Waffenplatzvertrag* zwischen dem Kanton Nidwalden und der Schweizerischen Eidgenossenschaft regelt die *langfristige Nutzung*.

Die Immobilienbotschaft VBS für 2005 ist in der *Gesamtabstimmung* vom Nationalrat mit 113 zu 48 Stimmen (bei 15 Enthaltungen)

gen) gutgeheissen worden. Allerdings hat sich eine *Minderheit* unter der Federführung von *Nationalrat Christian Miesch* (SVP/BL) durchgesetzt, welche die *Streichung* des Projektes Swissint Stans in der Höhe von 19 Mio. Franken forderte.

Wiederzulassung von Formel-1-Autorennen

Die *Parlamentarische Initiative Giezendanner* bezweckt die *Wiederzulassung von Formel-1-Autorennen* in der Schweiz. Gemäss Nationalrat Ulrich Giezendanner (SVP/AG) soll auch die Möglichkeit geschaffen werden, eine *neue moderne Rennstrecke* zu bauen. Die *Formel-1-Kennlinie* hätten sich vom reinen Rennsport zur *innovativen Hightechentwicklung* und -erprobung gewandelt. Der «*Rennzirkus*» würde für eine ganze Region zum *interessanten Geschäft*. Abklärungen im europäischen Ausland hätten ergeben, dass eine moderne Rennstrecke einer Region 1400 bis 2500 *Arbeitsplätze* bringe. Die *Wertschöpfung* einer Formel-1-Rennstrecke bringe einer ganzen Region eine *jährliche Wertschöpfung* von 40 bis 70 Mio. Fr. Eine entsprechende moderne Anlage könnte durch *private Investoren* oder allenfalls durch eine *gemischtwirtschaftliche Gruppe* (Private, Gemeinden, Kantone) realisiert werden.

Der Nationalrat *überwies* die Parlamentarische Initiative Giezendanner mit 88 zu 75 Stimmen (bei 6 Enthaltungen).

Im Ständerat Assistenzdienste der Armee

Der Ständerat hat als Zweitrat die Assistenzdienste der Armee behandelt und den drei Vorlagen wie folgt zugestimmt:

■ dem Bundesbeschluss zum *Botschaftsschutz* mit 32 zu 2 Stimmen

■ dem Bundesbeschluss zur *Verstärkung des Grenzwachtkorps* mit 38 zu 0 Stimmen und

■ dem Bundesbeschluss zur *Sicherheit im Luftverkehr* mit 37 zu 0 Stimmen.

Postulat Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates zu Assistenzdiensten der Armee. Anpassung des Genehmigungsverfahrens

Mit dem Postulat wird der Bundesrat ersucht zu prüfen, wie das *Genehmigungsverfahren* der Assistenzdienste der Armee *vereinfacht* werden kann. Er soll u.a. die Einführung eines zweiteiligen Modells abklären.

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat *anzunehmen*. Um wiederholte *Sonderverfahren* zu vermeiden

und angesichts dessen, dass die Armee voraussichtlich dauerhaft für die Stärkung der inneren Sicherheit und für die Grenzüberwachung eingesetzt wird, soll überprüft werden, wie sich das Genehmigungsverfahren der Bundesversammlung verbessern liesse. Vorstellbar wäre, zwischen «*Routine-Einsätzen*» vom Typus der *Botschaftsüberwachungen* einerseits und *nicht vorhersehbaren Einsätzen* wie dem *Konferenzschutz* andererseits zu unterscheiden. Die *wiederkehrenden Einsätze*, die *unbestritten* sind, könnten Gegenstand einer *gemeinsamen Botschaft* mit mehreren Bundesbeschlüssen bilden, sodass weiterhin eine *differenzierte Genehmigung* möglich wäre. Für *neue oder politisch umstrittene Einsätze* müssten nach wie vor *eigene Botschaften* vorgelegt werden. In Fällen, da das Parlament sich zum ersten Mal grundsätzlich für oder wider einen *Truppeneinsatz* für eine zivile Behörde auszusprechen hätte, könnte es dann selbst bestimmen, welche Einsätze künftig einzeln genehmigt und welche in eine allfällige *Sammelbotschaft* aufgenommen werden könnten. Das Postulat wurde vom Ständerat *angenommen*.

Bundesbeschluss über den Friedensförderungseinsatz von Schweizer Armeemangehörigen in der multinationalen European Union Force (EUFOR) in Bosnien-Herzegowina

Der Bundesrat *beantragt* die Genehmigung des *Friedensförderungseinsatzes* von Schweizer Armeemangehörigen in der multinationalen European Union Force (EUFOR) in Bosnien-Herzegowina.

Vor dem Beginn des EUFOR-Einsatzes soll eine dafür gültige Resolution des UNO-Sicherheitsrates verabschiedet werden. Gemäss *Artikel 66 Absatz 1 des Militärgesetzes* kann der Einsatz von Schweizer Armeemangehörigen erst erfolgen, nachdem die EUFOR ein entsprechendes UNO-Mandat erhalten hat. Damit ist der Einsatz auch *neutralitätsrechtlich* unbedenklich.

Die Schweiz wurde von *Grossbritannien* angefragt, sich mit einem bis zwei LOT und Staboffizieren in der britischen Brigade in der EUFOR zu beteiligen. In einer *ersten Phase* sollen vorerst ein LOT (acht Personen) und zwei *Staboffiziere* zur Verfügung gestellt werden. Der Ständerat hat den Bundesbeschluss mit 34 zu 0 Stimmen *gutgeheissen*.

Rüstungsprogramm 2004

Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates (SiK-S) hat der kleinen Kammer ein «abgespecktes» Rüstungsprogramm 2004 (RP 04) von insgesamt 518 Mio. Franken beantragt. Mit dem RP 04 soll folgendes Material beschafft werden:

■ *Integration des Data Link in das Luftraumüberwachungssystem Florako* (268 Mio.)

■ Anschaffung von *Betriebsstoff-Betankungs-Containern* (11,0 Mio.)

■ Kauf eines neuen, *ballistischen Helms* (35,0 Mio.)

■ *Simulationsunterstützung für Gefechtsübungen (SIMUG)* (95 Mio.)

■ Kauf von *zwei Transportflugzeugen* (109 Mio.)

Auf die Beschaffung von 12 *Genie- und Minenräumpanzern* (129 Mio.) soll gemäss Sicherheitspolitischer Kommission des Ständerates vorderhand *verzichtet* werden.

Der Ständerat *stimmte dem reduzierten Rüstungsprogramm 2004* mit 41 zu 0 Stimmen zu.

Motion Sicherheitspolitische Kommission Ständerat zu Armee XXI. Umfang der Mittelausstattung der Aufwuchskerne Verteidigung

Im Zusammenhang mit dem erwähnten Entscheid, auf die Beschaffung von 12 Genie- und Minenräumpanzern vorderhand zu verzichten, hat die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates eine *Motion* eingereicht. Damit wird der Bundesrat ersucht, den beiden Sicherheitspolitischen Kommissionen rasch einen *Bericht* zu unterbreiten, der es ermöglicht, im Rahmen des Armeeleitbildes eine *Grundsatzdiskussion* zu führen über die *Gewichtung* der Armeeaufträge und daraus abgeleitet über den notwendigen Umfang der *Mittelausstattung* der Aufwuchskerne Verteidigung. Die Beschaffung von Genie- und Minenräumpanzern sei in diesem Zusammenhang neu zu diskutieren.

Der Bundesrat hat die *Annahme* der Motion beantragt. Die Kommissionsmotion wurde von der kleinen Kammer *angenommen*.

Motion Frick zu allgemeine Dienstpflicht für Männer

Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, die Bestimmungen über die *Wehrpflicht in der Bundesverfassung* in dem Sinne zu *ergänzen*, dass grundsätzlich alle Männer die Dienstpflicht entweder im *militärischen Bereich*, im *Bevölkerungsschutz* oder im *zivilen Bereich* zu Absolvieren haben. Der Auftrag der Armee ist bestandesmässig *prioritär* zu gewährleisten.

Der Bundesrat beantragt, die Motion *abzulehnen*. Er macht u. a. geltend, dass sich das Schweizer Volk 1999 mit der Annahme der neuen Bundesverfassung zum *Milizprinzip*, den *Armeeaufträgen* und zur *Militärdienstpflicht* (allgemeine Wehrpflicht) bekannt hat. Es hat diese verfassungsmässige Grundlage der Schweizer Armee mit der *Zustimmung zur Militärgesetzrevision 2003* bestätigt. Zudem geht die *allgemeine Dienstpflicht* von der überholten Vorstellung einer staatlich verordneten Anspannung sämtlicher verfügbaren Kräfte aus. Das Ziel kann heute aber nicht sein, unter dem Vorwand der Gerechtigkeit möglichst viele Bürger mit einer Dienstpflicht zu belegen. Vielmehr ist die obligatorische Dienstpflicht auf Bereiche zu *beschränken*, die der Staat anderweitig nicht abdecken kann. In erster Linie sind dies der *Militär- und Schutzdienst*, deren Dauer zudem *angemessen und verhältnismässig* sein muss. Diese Auffassung wurde auch von der «Studienkommission allgemeine Dienstpflicht» vertreten. Sie hat dem Bundesrat 1996 *empfohlen*, auf die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht zu verzichten und die bestehende Wehrverfassung in Richtung *Gleichstellung* von Wehr- und Schutzdienstpflicht zu entwickeln. Schliesslich sprechen auch gewichtige *volkswirtschaftliche* Gründe gegen die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht. Es wäre nämlich nicht sachgerecht, das *Personalproblem im Gesundheitswesen* über die Schaffung eines *künstlichen Zwangsangebots* zu lösen. Militär- und Schutzdienst zeichnen sich gegenüber anderen Arten des Dienstes gerade dadurch aus, dass sie *marktneutral* erbracht werden. Sie können deshalb auch nicht auf die Löhne der Beschäftigten drücken. Dieser Effekt würde sich aber unweigerlich einstellen. Wenn junge Arbeitskräfte auf Grund einer allgemeinen, obligatorischen Dienstpflicht zu nicht marktkonformen Bedingungen dem Gesundheitswesen zugeführt würden. Die Motion wurde vom Ständerat mit 25 zu 11 Stimmen *abgelehnt*.

Fragestunden im Nationalrat

In der *Herbstsession 2004* musste Bundesrat Samuel Schmid, Chef VBS, u. a. eine Frage von *Nationalrat Jean-Michel Cina (CVP/VS)* zu «Euro 08. Sicherheitsmassnahmen» beantworten. Nationalrat Cina wies darauf hin, dass die Schweiz und Österreich im Hin-

blick auf die Durchführung der Euro 2008 für *ungenügende* Sicherheitsmassnahmen sowie für das *Fehlen* geeigneter Gesetze zur Bekämpfung der illegalen Ticketverkäufe von der Uefa *gerügt* worden waren. Mit welchen *Massnahmen* wird der Bundesrat diese Mängel beseitigen?

Bundesrat Samuel Schmid erwähnte, dass das *Exekutivkomitee* der Uefa am 16. September 2004 in Sofia getagt habe. Dabei sei dem Staate Portugal und den Organisatoren für die Durchführung der Fussball-Endrundenspiele 2004 (Euro 04) gedankt worden.

Im Hinblick auf die Uefa-Euro-08 habe sich das Exekutivkomitee *erstaunt* gezeigt über die Entwicklung der *Stadionsituation* in Zürich und habe betont, dass die ursprüngliche Planung von insgesamt *acht Stadien* ausgegangen war. Das Komitee habe zudem in der Gesetzgebung der Schweiz *Lücken* festgestellt, zum Beispiel in der *Bekämpfung* des illegalen Ticketverkaufs oder im Bereich gewisser Sicherheitsmassnahmen. Diese *Mängel* seien dem Bundesrat bekannt. Er werde sich dafür einsetzen, dass diese *behooben* würden.

Im Weiteren erwähnte der Chef VBS, dass der Bundesrat unter Einbezug der Erfahrungen an der Euro 04 eine *Gesamtbeurteilung* der Situation für alle Bereiche vornehmen werde. Insbesondere für die *Garantie* der Sicherheit würden sich voraussichtlich *neue Anforderungen* personeller, finanzieller, struktureller und baulicher Art stellen.

Mittlerweile sei die Gesamtbeurteilung gemeinsam mit Österreich *bereits vorgenommen* worden: Am 2. September 2004 hätten Experten in Magglingen die erwähnten Punkte besprochen, und wenige Tage später habe er mit Bundesinnenminister Strasser in Wien die Situation erörtert.

Schliesslich wies der ChefVBS darauf hin, dass der Bundesrat im Dezember 2004 in einer *Aussprache* diese Ergebnisse diskutieren und im nächsten Jahr dem Parlament die entsprechenden Anträge unterbreiten werde. Die Schweiz und Österreich seien mit der Uefa in einem *konstruktiven Dialog*. Das Projekt sei auf Kurs.

Neue Vorstösse

Dem VBS wurden in der Herbstsession 2004 u. a. folgende neue Vorstösse zur Beantwortung zugewiesen:

Rekrutenguide

Gemäss *Nationalrätin Barbara*

Haering (SP/ZH) wurde in den diesjährigen Rekrutenschulen ein so genannter «Rekrutenguide» verteilt, dessen Ausführungen in höchstem Masse *frauenverachtend* und gleichzeitig beleidigend für die jungen Männer sind, an die sie sich richten. Mit ihrer *Anfrage* fordert sie den Bundesrat auf, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wer zeichnet mit rechtlicher Verantwortlichkeit für die Herausgeberschaft dieses «Rekrutenguides»?

2. Im Impressum werden die Herausgeber als «ehemalige Rekruten» bezeichnet. Um wen handelt es sich dabei?

3. Worin bestand/besteht die «freundliche Unterstützung», die das VBS diesem «Rekrutenguide» hat zukommen lassen – so wie dies im Impressum erwähnt wird? War/Ist diese Unterstützung ideell, inhaltlich, logistisch, finanziell?

4. Ist der Bundesrat bereit, sich von diesem «Rekrutenguide» und seinen frauenverachtenden Äusserungen zu distanzieren?

5. Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass die «freundliche Unterstützung», die das VBS diesem «Rekrutenguide» hat zukommen lassen, dem Ansehen der Armee und ihrem Bestreben nach moderner und gendersensitiver Führung schadet?

6. Ist das VBS bereit, auf das Verteilen des «Rekrutenguides» in Zukunft zu verzichten?

Gender Mainstreaming im VBS

In einer weiteren *Anfrage* stellt *Nationalrätin Barbara Haering (SP/ZH)* fest, dass im Rahmen der Kürzungsmassnahmen das VBS in der Direktion für Sicherheitspolitik die *Streichung* der Stelle «Sicherheitspolitik und Gesellschaft» plane. Dies sei die einzige Stelle im VBS, die sich mit der Umsetzung von *Gender Mainstreaming* im Departement und mit *geschlechtsspezifischen Fragen* in den Bereichen Sicherheit und Friedensförderung auseinandersetze.

Der Bundesrat soll u. a. folgende Fragen beantworten:

1. Teilt er die Ansicht, wonach der Strategie des Gender Mainstreamings und der Berücksichtigung von geschlechtsspezifischen Fragen im Bereich der Friedens- und Sicherheitspolitik zunehmende Bedeutung zukommt?

2. Wie stellt er sicher, dass innerhalb des VBS das Anliegen des Gender Mainstreamings und den geschlechtsspezifischen Fragen in den Bereichen Sicherheit und Friedensförderung auch in Zukunft Rechnung getragen wird? ■